

unterschiedlichen Interessen und dabei auch manche Widersprüche beseitigt wären. Dazu kommt, daß eines der entscheidenden Ziele der imperialistischen Strategie darin besteht, solche unterschiedlichen Interessen zu erzeugen, bestehende zu vertiefen und mit allen Mitteln der weiteren Annäherung und dem noch festere Zusammenschluß der sozialistischen Staaten entgegenzuwirken.

Was die chinesische Aggression gegen Vietnam betrifft, so kann sie die These vom friedlichen Wesen des Sozialismus nicht erschüttern. Bekanntlich wurden in China nach 1949 eine Reihe wichtiger Grundlagen des Sozialismus geschaffen. Die Produktionsmittel wurden in gesellschaftliches Eigentum überführt. Viele andere Maßnahmen, die auf den sozialistischen Aufbau gerichtet waren, wurden praktisch in Angriff genommen. Es sei daran erinnert, daß in dieser Zeit — insbesondere in den fünfziger Jahren — völlig normale, freundschaftliche Beziehungen

zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion sowie den anderen sozialistischen Ländern bestanden.

Später wurden die führende Rolle der Arbeiterklasse und die darauf beruhende politische Macht durch ein militärisch-bürokratisches Regime ersetzt, an die Stelle der sozialistischen Politik im Innern und nach außen trat der chauvinistisch-hegemonistische Kurs. Wie sich zeigt, wirkt diese prinzipielle Veränderung im politischen Überbau auch zersetzend auf die ökonomische und soziale Basis. Damit war eine grundlegende Veränderung in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern verbunden. Der aggressive Charakter in der Politik der Pekinger Führer hat sich in dem Maße entwickelt, wie auf wichtigen Gebieten die Positionen des Sozialismus verlassen und abgebaut wurden. Nur dadurch wurde ein Krieg gegen die sozialistische Republik Vietnam möglich. Zwischen diesen beiden Prozessen besteht für jeden sichtbar ein direkter Zusammenhang.

Sozialistische Länder verstärken Friedenskampf

Wir können genau das Gegenteil in der Entwicklung der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder, darunter der DDR, feststellen. Je mehr in diesen Ländern die Gestaltung des entwickelten Sozialismus in den Vordergrund trat, je mehr die Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Kernstück der Politik der marxistisch-leninistischen Parteien wurde, je besser der Sinn des Sozialismus praktisch realisiert werden konnte, um so mehr wurden die gemeinsamen Anstrengungen im Kampf um Frieden und Sicherheit verstärkt. Das ist ganz normal, da die Möglichkeiten dieser Politik in hohem Maße von friedlichen äußeren Bedingungen beeinflusst und bestimmt werden.

In ihrer Friedenspolitik gingen die SED und die Regierung der DDR von der Tatsache aus, daß sich die DDR nicht nur schlechthin an der Grenze der beiden Weltsysteme befindet, sondern damit auch an der Grenze der beiden Militärbündnisse — der NATO und des Warschauer Vertrages.

Daraus erwächst auch die spezifische Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa. Natürlich ergibt sich aus diesen Bedingungen unser besonderes Interesse sowohl an Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und effektiver Abrüstung als auch an der Sicherung des militärischen Gleichgewichts. Auf der 9. Tagung des ZK der SED hatte Genosse Erich Honecker dazu den

Standpunkt der SED ganz klar formuliert: „Wir sind auch zu den radikalsten Maßnahmen der Abrüstung bereit, wenn in allen Etappen das Prinzip der gleichen Sicherheit eingehalten wird. Als erklärte Anhänger des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker sind wir aber entschieden dagegen, durch einseitige Schritte der sozialistischen Länder zur Abrüstung das annähernde Gleichgewicht zu stören und die aggressivsten Kreise des Imperialismus nachgerade zu ermuntern, ihre Aggressionspolitik in verschiedenen Teilen der Welt fortzusetzen.“^{2*}

In ihrer dreißigjährigen Geschichte hat die DDR alles in ihren Kräften stehende unternommen, um im Herzen Europas Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Solange auch nur die kleinste Hoffnung dafür bestand, haben sich die SED und mit ihr alle friedliebenden Kräfte dafür eingesetzt, daß in ganz Deutschland eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung vollzogen wird. Und auch nachdem in der BRD der deutsche Imperialismus wiedererstand war, die BRD Mitglied der NATO wurde, unternahm die DDR alles, um die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu normalisieren.

Heute sehen wir unsere Aufgabe darin, alles zu tun, daß an dieser Grenze der beiden Weltsysteme Ruhe und Sicherheit gewährleistet und keinerlei Provokationen geduldet werden. Gerade dadurch leistet die DDR einen außerordentlich wichtigen Beitrag dafür, daß auch künftig in Europa Frieden und Sicherheit herrschen.

Prof. Dr. Otto Reinhold

1) Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag der SED, S. 11

2) Erich Honecker, 9. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1978, S. 176/177